

	<p><b>SuedOstLink</b></p> <p>- BBPIG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p>	
	<p><b>Abschnitt A2</b></p> <p>Sachsen-Anhalt Süd / Thüringen Nord</p> <p><b>Unterlagen</b> gemäß § 21 NABEG</p>	<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p style="text-align: center;"><b>Teil A1.3 Erläuterungsbericht zum Deckblatt I</b></p> <p style="text-align: center;"><b>DECKBLATT I</b></p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: 50H / Lenk / Rachvoll

Dok.: SOL21000\_ELB\_0001\_ErlaeuterungsberichtF.docx

## Inhaltsverzeichnis

<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>3</b>
<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>4</b>
<b>Anlagen .....</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>7</b>
1.1 SuedOstLink.....	7
1.2 Einordnung der Unterlage .....	7
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments .....	7
<b>2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....</b>	<b>8</b>
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	8
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG .....	8
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG .....	8
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG .....	8
2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG .....	8
2.2 Rechtliche Grundlagen .....	8
<b>3 Beschreibung der geänderten Planungen.....</b>	<b>9</b>
3.1 Veranlassung .....	9
3.1.1 Maßnahme VAR 8.1 – Vorabkontrolle und ggf. Umsiedlung des Feldhamsters.....	9
3.1.2 Maßnahme ACEF 1 – Schaffung einer Feldhamsterschonfläche, Erhaltungszucht sowie Wiederaussiedlung des Feldhamsters .....	9
3.2 Kennzeichnung .....	9
3.3 Planungsänderungen .....	9

## Tabellenverzeichnis

Nicht vorhanden

## Abbildungsverzeichnis

Nicht vorhanden

## Anlagen

Nicht vorhanden

*In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.*

## **1 Einleitung**

### **1.1 SuedOstLink**

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a (südlicher Teil) gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

SuedOstLink besteht aus den Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a (südlicher Teil) BBPI, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLink (Landkreis Börde bis Isar) umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenanlagen sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenanlagen sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Kabelübergangsstationen (KÜS) und die Kabelmonitoringstationen (KMS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR). In Abschnitt A1 erfolgt in geringem Umfang auch eine Umsetzung als Freileitung mit den zugehörigen Anlagenteilen wie z. B. Freileitungsmasten.

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenanlagen. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein zeitnahe Tiefbau und Kabelzug.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

### **1.2 Einordnung der Unterlage**

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zum Deckblatt I“ ist Bestandteil der geänderten Unterlagen gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG und §22 UVPG für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt A2.

### **1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments**

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung der zwischenzeitlich vorgenommen Planänderungen, die unter dem Deckblatt I zusammengefasst werden.

## **2 Genehmigungsgesetzliche Einordnung**

### **2.1 Vorausgegangene Planungsschritte**

#### **2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG**

Der VHT hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A2 am 31.07.2023 bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingereicht.

#### **2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG**

Die BNetzA hat die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen gemäß § 21 NABEG geprüft und die Vollständigkeit am 31.08.2023 gegenüber dem VHT bestätigt.

#### **2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG**

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Öffentlichkeit vorbereitet. Die Unterlagen wurden den TÖB in digitaler Form jeweils auf einem Datenträger zugesandt. Die TÖB wurden zugleich gemäß § 22 Absatz 2 NABEG zur Stellungnahme aufgefordert. Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 17.11.2023 gesetzt. Einzelnen Trägern öffentlicher Belange wurde auf Antrag eine maximale Fristverlängerung bis zum 01.12.2023 gewährt.

Die BNetzA hat weiterhin gemäß § 22 Absatz 3 NABEG die Auslegung auf der Internetseite der BNetzA und in den örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht. Anschließend wurde die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen für die Dauer von einem Monat ab dem 18.09.2023 zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst, in dem die BNetzA die Unterlagen auf ihrer Internetseite ([www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de)) veröffentlicht hat. Die Auslegung erfolgte vom 18.09.2023 bis zum 17.10.2023. Nach dem Ende der Auslegung konnte gemäß § 22 Absatz 4 NABEG jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, innerhalb von einem Monat schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Einwendungsfrist endete am 01.12.2023.

#### **2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG**

Im Planfeststellungsabschnitt A2 wurde am 20.03.2024 ein Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i.V.m. § 10 NABEG durchgeführt. Die hier einreichte Planänderung war nicht Bestandteil des Erörterungstermin und wurde auch nicht in Form von Einwendungen / Stellungnahmen eingebracht.

### **2.2 Rechtliche Grundlagen**

Der SuedOstLink (SOL) besteht aus dem Vorhaben Nr. 5 BBPIG sowie dem südlichen Bestandteil des Vorhabens Nr. 5a BBPIG. Aufgrund der Kennzeichnung als länderübergreifende Leitung im BBPI fällt der SOL gem. § 2 Abs. 1 NABEG in den Anwendungsbereich des NABEG. Die BNetzA ist nach § 1 Nr. 1 PlfZV zuständig für das Planfeststellungsverfahren.

Werden bereits ausgelegte Unterlagen geändert und wird dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG notwendig, sind § 22 Abs. 1 bis 6 NABEG gem. § 22 Abs. 7 Satz 1 NABEG nach Maßgabe von § 22 Abs. 7 Satz 2 bis 4 NABEG anzuwenden.

Erfordert die Änderung des ausgelegten Plans keine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 22 UVPG, richtet sich das Verfahren nach § 73 Abs. 8 VwVfG.

Die Regelungen in § 76 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG sind vorliegend nicht einschlägig. Nach § 76 Abs. 1 VwVfG bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden soll. Dies ist vorliegend nicht der Fall; der Plan für den Abschnitt B des SOL ist noch nicht festgestellt.



### **3 Beschreibung der geänderten Planungen**

#### **3.1 Veranlassung**

Im Zuge der Detailplanung sind im Abschnitt A2 nachfolgend gelistete Maßnahmen gegenüber den ursprünglichen und eingereichten Planfeststellungsunterlagen überarbeitet worden.

- Maßnahme: VAR 8.1 – Vorabkontrolle und ggf. Umsiedlung des Feldhamsters
- Maßnahme: ACEF 1 – Schaffung einer Feldhamsterschonfläche, Erhaltungszucht sowie Wiederaussiedlung des Feldhamsters

##### **3.1.1 Maßnahme VAR 8.1 – Vorabkontrolle und ggf. Umsiedlung des Feldhamsters**

Für die beantragte Maßnahme war bisher eine Vorabkontrolle auf Vorkommen von Feldhamstern unmittelbar vor Baustart mit Abfangen vorhandener Feldhamster und deren Umsiedlung auf trassennahe Umsiedlungsflächen vorgesehen. Dem lag die fachliche Einschätzung zugrunde, dass die umgesiedelten Feldhamster bzw. deren Nachkommen nach Ende der Baumaßnahmen von den Umsiedlungsflächen aus ihren ursprünglichen Lebensraum wieder besiedeln würden.

Für die beantragte Maßnahme war bisher vorgesehen, dass für die Dauer der Bauzeit 6 trassennahe Ausgleichsflächen in der Größe von in Summe 31,23 ha geschaffen werden, auf die abgefangene Feldhamster umgesiedelt werden. Für diese Umsiedlungsflächen war eine feldhamsterfreundliche Bewirtschaftung vorgesehen. Diese umfangreichen Bewirtschaftungsvorgaben wären für die Flächeneigentümer / Bewirtschafter mit einem erheblichen Aufwand verbunden gewesen, den sie nicht zu tragen bereit waren, so dass eine Zustimmung zur Nutzung ihrer Flächen für die Maßnahme abgelehnt wurde.

Aufgrund des äußerst geringen Vorkommens an Feldhamstern im Eingriffsbereich und der damit verbundenen Umsiedlung von Einzeltieren bzw. nur wenigen Tieren ist der ursprüngliche Ansatz nicht artenschutzkonform, da die wenigen Tiere auf den Umsiedlungsflächen keine Populationen begründen können. Zielführend und bereits gängige Praxis ist die Verbringung von Einzeltieren bzw. sehr wenigen Tieren in eine fachlich geeignete Aufzuchtstation für Feldhamster, die dortige Erhaltungszucht und spätere Aussiedlung auf eine langfristig gesicherte Feldhamsterschonfläche. Dies wird mit dieser Planänderung sichergestellt.

##### **3.1.2 Maßnahme ACEF 1 – Schaffung einer Feldhamsterschonfläche, Erhaltungszucht sowie Wiederaussiedlung des Feldhamsters**

Die entsprechend VAR 8.1 abzufangenden und umzusiedelnden Feldhamster sollen nun, abweichend von den beantragten Umsiedlungsflächen, in eine fachlich geeignete Aufzuchtstation für Feldhamster verbracht werden. Dort erfolgt eine Erhaltungszucht. Wenn eine ausreichend große Population herangezogen worden ist, ist eine Aussiedlung der Feldhamster auf eine langfristig gesicherte, ca. 30 ha große Feldhamsterschonfläche mit feldhamsterfreundlicher Bewirtschaftung vorgesehen.

#### **3.2 Kennzeichnung**

Im Rahmen der Deckblattänderung I werden verschiedene Unterlagen angepasst (Teil D, Teil F und Teil I). Die angepasste Maßnahmenbeschreibung kann primär dem Teil I2 entnommen werden. In den Unterlagen sind alle Änderungen in Blau dargestellt.

#### **3.3 Planungsänderungen**

Die durch die Änderungen betroffenen Planfeststellungsunterlagen sind im Inhaltsverzeichnis (siehe Behördenakte) und Anschreiben aufgelistet.